

An den
Vorsitzenden der SPD
Lars Klingbeil
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin

12.10.2026

Lieber Lars,

wir wenden uns nach eingehender Diskussion auf unserem Kreisparteitag der SPD Oberberg vom Wochenende an Dich, weil wir in vielen Gesprächen vor Ort im Oberbergischen Kreis eine wachsende Distanz zur Politik in Berlin wahrnehmen.

Die SPD war und ist eine **Partei der arbeitenden Menschen**. Ihre Wurzeln liegen in den Betrieben, den Unternehmen, bei den Gewerkschaften und Betriebsräten. Genau dort gewinnt die SPD ihre Stärke. Dies gilt besonders, wenn unser Land schwere Krisen durchleben muss.

Denn dann muss klar sein: die Menschen bleiben mit ihren Sorgen und Nöten nicht allein, weil auf die Sozialdemokratie immer Verlass ist.

Das Vertrauen von Beschäftigten, Rentnerinnen und Rentnern sowie Menschen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, darf weder mit dem Hinweis auf „Sparzwänge“ und Koalitionsfrieden noch aus Angst vor dem Erstarken radikaler Parteien geopfert werden.

Vertrauen und Sicherheit sind für die Menschen in unserem Land von zentraler Bedeutung – gerade in schwierigen Zeiten und Krisen. Die Angst vor finanziellem und sozialem Abstieg ist für viele Bürger längst Realität.

Die Aufgabe von Politik darf deshalb nicht allein darin bestehen, vor allem Leistungen zu kürzen oder zu streichen. Politik muss besonders Perspektiven aufzeigen und Sicherheit geben. Finanziell Privilegierte müssen ihren solidarischen Beitrag leisten und einen größeren Lastenanteil schultern.

Auch wenn Reformen bei Rente, Gesundheit und Grundsicherung notwendig sind, müssen diese **ausgewogen, nachvollziehbar und sozial gerecht** gestaltet werden und einer nachhaltigen Finanzierung dienen.

Wir stehen für soziale Gerechtigkeit. Dazu gehört auch, Menschen, die bisher nicht in die sozialen Systeme einzahlen konnten, nach Möglichkeit zur Mithilfe bei Aufgaben in den Kommunen zu verpflichten.

Wir fordern den Abbau von Bürokratie durch umfangreiches Streichen von Überregulierungen. Dazu ist eine externe Kommission einzurichten.

Politik muss nachhaltig sein – und bis zum Ende gedacht werden

Die Reform des Wohngeldes mag z.B. zunächst den Bundeshaushalt entlasten. Die finanziellen Lasten werden dadurch jedoch vielfach lediglich auf Haushalte mit niedrigem Einkommen und auf andere Sozialleistungssysteme verlagert. Am Ende müssen die Kommunen die entstandenen Lücken mit erheblichem finanziellem und personellem Aufwand schließen.

Auch Kürzungen bei Familienleistungen, bei Jugendlichen oder bei Menschen mit Behinderung lösen keine Probleme. Sie können Menschen in Not bringen und schaffen so neue soziale Herausforderungen, deren Folgen später wieder von Kommunen und Gesellschaft aufgefangen werden müssen.

Wer viele Jahre hart gearbeitet hat, soll abschlagsfrei in den Ruhestand gehen dürfen.

Menschen verdienen für gute Arbeit Dankbarkeit und Respekt, denn sie haben nicht nur für sich, sondern für die Gesellschaft insgesamt eine Lebensleistung erbracht.

Wer nach Jahrzehnten körperlich oder psychisch belastender Arbeit gesundheitlich nicht mehr in der Lage ist, seine Erwerbstätigkeit fortzusetzen, braucht Perspektiven und einen würdevollen Übergang in den Ruhestand. Krankheit darf nicht zu Strafen führen, sondern verlangt nach Solidarität.

Ein Tankrabatt ist reine Symbolpolitik und bremst die Energiewende aus, anstatt sie zu fördern. Soziale Härten bei Konjunkturschwankungen können besser durch direkte finanzielle Hilfen in Form eines Energiekostenzuschusses an Haushalte abgefedert werden, ohne dass flächendeckend Gewinne von Mineralölkonzernen und hoher Benzinverbrauch subventioniert werden. Eine Übergewinnsteuer wäre eine Möglichkeit zur Finanzierung finanzieller Hilfen für hilfebedürftige Haushalte.

Seit Jahren ist klar, dass in Deutschland jährlich 400.000 neue Wohnungen entstehen müssen. Dieses Ziel wird seit Jahren deutlich verfehlt.

Gerade in Ballungszentren und Großstädten ist bezahlbarer Wohnraum kaum noch zu bekommen. Die Wohnungsnot wird zunehmend zu einem finanziellen, sozialen und damit auch politischen Sprengstoff.

Wir brauchen deshalb wieder ein ambitioniertes öffentliches Wohnungsbauprogramm, wie wir es in den 1960er und 1970er Jahren bereits erlebt haben.

Gleichzeitig ist Deutschland mit einer Wohneigentumsquote von rund 47 Prozent im europäischen Vergleich Schlusslicht. Der Umgang mit Grund und Boden folgt zu häufig ausschließlich den Regeln des Marktes und zu wenig dem Allgemeinwohl.

Wer heute beim Klimaschutz bremst, verspielt die Zukunft kommender Generationen

Die Klimakrise ist längst Realität. Gleichzeitig werden fossile Energieträger weiterhin in erheblichem Umfang subventioniert. Erfolgreiche energie- und klimapolitische Maßnahmen werden gestrichen, zurückgenommen oder verwässert, dabei ist die Energiewende ist der beste Klimaschutz und zudem von großer wirtschaftlicher Bedeutung.

Wir sind der festen Überzeugung, dass unsere natürlichen Lebensgrundlagen die Basis für eine zukunftsfähige Entwicklung unserer Gesellschaft sind. Daher treten wir für einen konsequenten Natur- und Umweltschutz sowie für eine umweltfreundliche sowie faire Energiegewinnung und -verteilung ein.

Wie viele Hitzetote brauchen wir noch, bevor wir begreifen, dass Klimaschutz kein Luxus, sondern eine Frage unserer Zukunft und unserer Verantwortung ist?

Wir fordern daher:

- eine Besinnung auf unsere sozialdemokratischen Wurzeln,
- Solidarität mit den Schwächsten in unserer Gesellschaft,
- eine gerechte Lastenverteilung über alle Einkommensgruppen hinweg,
- konsequenten Klimaschutz statt Lobbyismus,
- eine nachhaltige Entlastung der Kommunen, damit sie wieder handlungsfähig werden.

Wir können die Bundespolitik vor Ort nur erklären, wenn diese Forderungen Realität werden.

Die SPD muss auch innerhalb der Bundesregierung selbstbewusst für ihre sozialdemokratischen Grundwerte eintreten. Eine Politik, die gesellschaftliche Gruppen gegeneinander ausspielt, soziale Unsicherheit für politische Stimmungsmache nutzt und rechtspopulistische Narrative übernimmt, darf nicht durch die Regierungsbeteiligung der SPD legitimiert werden.

Zunächst muss gute sozialdemokratische Politik gemacht werden, damit die SPD wieder zur erfolgreichen Volkspartei wird.

Die SPD muss wieder zum Sprachrohr der arbeitenden Bevölkerung werden und ihren sozialdemokratischen Markenkern zurückgewinnen.

Sie muss die Probleme der Menschen in diesem Land ernst nehmen, ihnen Sicherheit und Perspektiven geben und endlich wieder den Mut haben, für soziale Gerechtigkeit einzustehen.

Keine Symbolpolitik. Keine Politik auf Kosten der Schwächsten. Keine Politik aus Angst vor dem nächsten Wahlergebnis.

Wir wollen eine SPD, auf die sich die Menschen verlassen können.

Eine SPD, die für Solidarität steht.

Eine SPD, die soziale Gerechtigkeit nicht nur verspricht, sondern durchsetzt.

Eine SPD, die den Klimaschutz ernst nimmt.

Eine SPD, für die Menschen und mit Überzeugung und Begeisterung auf die Straße gehen.

Die SPD gewinnt dann wieder Wahlen, wenn Sie Politik für die Mehrheit in diesem Land macht und den Mut hat, für eine erfolgreiche Zukunft auch unbequeme Entscheidungen zu treffen.

Glück auf!

Die SPD im Oberbergischen Kreis

Thorsten Konzelmann

Kreisvorsitzender